



## Nr. 04

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 17. Februar 2014

Antragsteller: Dr. Carsten Linnemann MdB

---

### 1. Reform der Beamtenversorgung

Die MIT begrüßt, dass parallel zu den aktuell geplanten Diätenerhöhungen der Bundestagsabgeordneten die Pensionen gekürzt und das Pensionseintrittsalter erhöht wird. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Vielmehr müssen von der Kommune bis hin zum Bund die Regelungen für die Pensionslasten für Politiker und Beamte auf den Prüfstand. Mit dem Rechtsakt der Verbeamtung sind Bund und Länder seinerzeit die Verpflichtung eingegangen, lebenslänglich die Versorgung von Beamten und Politikern sicherzustellen. Jedes privatwirtschaftliche Unternehmen, das eine derartige Leistungszusage gegenüber einem Mitarbeiter tätigt, müsste gemäß den handelsrechtlichen Bilanzierungsvorschriften hierfür Rückstellungen bilden. Die Versorgungsaufwendungen sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Im nächsten Jahrzehnt kommt die Pensionslawine erst richtig ins Rollen. Die Handlungsspielräume der Politik werden dadurch deutlich eingeschränkt.

### 2. Mehr Kompetenz in Politik und Wirtschaft

Wir brauchen mehr Anreize für einen lebendigen personellen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft. Gleichzeitig nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Austausch medial negativ besetzt ist. Dabei brauchen wir dringend weniger Lagerbildung, um auf beiden Seiten zu mehr Kompetenz zu gelangen. Um diesen ganzheitlichen Ansatz zu fördern, wollen wir Klarheit und Transparenz fördern.

Im Fokus stehen sollen dabei Fragen wie: Wie können wir Anreize für einen Wechsel zwischen Wirtschaft und Politik setzen? Sind die derzeitigen juristischen Regelungen dienlich, um Vorteilsnahmen bei einem Wechsel ausschließen zu können? Wie kann auch nach außen der Austausch vertrauensbildend kommuniziert werden?

#### **Beschluss:**

**Der MIT-Bundesvorstand beschließt, für die zuvor genannten Problemfelder Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Unter der inhaltlichen Federführung des Kommissionsvorsitzenden für Arbeit und Soziales, Jürgen Presser, sollen die Konzepte bis Anfang 2017 als Vorschlag für das kommende Bundestagswahlprogramm der Union erarbeitet werden.**